

**Klaus Schäfer**

Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und  
Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen



## **Alle Jugendlichen erreichen! – Erfahrungen des Landes Nordrhein-Westfalen mit Pro- jekten gegen Schulverweige- rung**

Ministerin Birgit Fischer hat in ihrem Beitrag bereits auf die zahlreichen Initiativen und Erfolge des Landes Nordrhein-Westfalen hingewiesen. Ich will an dieser Stelle darauf verweisen um Wiederholungen zu vermeiden, und mich auf einige ergänzende Aspekte beschränken.

### **Erziehung und Bildung in öffentlicher Verantwortung**

Wir erleben seit einiger Zeit einen Paradigmenwechsel im Verständnis von Erziehung und Bildung. Hatten wir lange darauf gesetzt das die Familie die wesentlichen Beiträge für das Aufwachsen von Kindern zu leisten habe, so zeigen die Entwicklungen, dass eine Konzentration auf Familienerziehung allein reicht nicht mehr ausreicht. Immer mehr steht im Zentrum der Fachdiskussionen, dass Erziehung und Bildung in öffentlicher Verantwortung immer bedeutsamer geworden. Was aber bedeutet dies? Schule wie Jugendhilfe, aber auch andere Felder übernehmen in zunehmendem Maße Aufgaben, die von der Familie nicht mehr geleistet werden können und die wir der Familie auch nicht mehr zumuten können. Deshalb wird es auch zunehmend wichtig, nicht nur allein auf zielgruppenspezifische Einzelprojekte schauen, so gut diese Projekte auch sind. Wir müssen die Gesamtstruktur des Erziehungs- und Bildungssektors sehen.

### **Wir brauchen ein Gesamtkonzept**

Dabei geht es nicht nur um die Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher; es geht darum ein überzeugendes Gesamtkonzept pädagogischen Handelns zu entwickeln, vom Kindergarten angefangen über Schule und Ganztagsbetreuung bis hin zu Einzelmaßnahmen für diejenigen, die einer besonderen Förderung bedürfen. Hier wird vieles ganz Unterschiedliches getan und zahlreiche Handlungskonzepte entwickelt. Doch geht es auch um eine Veränderungen der Bedingungen

und die Schaffung eines günstigen Lern- und Entwicklungsklimas. So wird man z.B. konstatieren müssen, dass der Erfolg pädagogischer Bemühungen eng mit den sozio-strukturellen Rahmenbedingungen verknüpft sein wird. Gerade in bestimmten Stadtteilen in den großen Ballungsräumen wird man sehen können, wie Strukturveränderungen wirken und welche sozialen Folgeentwicklungen eintreten. In diesen Stadtteilen sind z.T. gettoartige soziale Benachteiligungsstrukturen entstanden, die nicht allein durch zielgruppenspezifische, pädagogische Maßnahmen lösbar sind. Die Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen in dem Projekt „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ zeigen sehr deutlich, Erziehung und Bildung verbessern zu wollen heißt, die geeigneten Voraussetzungen für bessere Erziehung und Bildung zu schaffen, auch und gerade in benachteiligten Stadtteilen.

### **Die Früherkennungsmöglichkeiten müssen wir nutzen**

Hier fehlt es häufig an Früherkennungsmöglichkeiten. Um wirksam wirken zu können, müssen wir rechtzeitig erkennen und handeln. Hierzu brauchen wir mehr Kompetenz in der Wahrnehmung von sozialen Deprivationsprozessen, bzw. wann Stadtteile abzugleiten beginnen. Dieses „Abgleiten“ eines Stadtteils ist ein Prozess, der relativ schnell verläuft. Er beginnt häufig einer wachsenden Zahl von Geringverdienern und Sozialhilfeempfängern und natürlich mit wachsender Arbeitslosigkeit. Die sozialen Folgen werden häufig erst dann bemerkt, wenn sozusagen das „Kind in den Brunnen“ gefallen ist. Dann werden zielgruppenspezifische Maßnahmen angesetzt, die wichtig sind, aber den Prozess nicht aufhalten können. Und irgendwann wundern wir uns, dass Kinder und Jugendliche, die dort aufwachsen, sich die nötigen sozialen Kompetenzen nicht mehr schnell genug aneignen können und dann trotz aller unserer Hilfe relativ schlechte Zukunftschancen haben.

### **Ziel muss sein, soziale Kompetenzen zu vermitteln**

Ein Vertreter des Bereichs der Metallindustrie in Nordrhein-Westfalen klagte vor einigen Tagen in der Bonner Rundschau darüber, dass Absolventen der Schulen immer weniger ausbildungsfähig wären. Er führte das nicht, oder nicht nur, darauf zurück, dass sie nicht über das erforderliche Wissen verfügten. Er bemängelte, dass die Schulabgänger nicht über die erforderlichen

derlichen Kompetenzen verfügen, Fachwissen anzuwenden und damit umzugehen, dass ihnen allgemeine Kommunikations- und soziale Fähigkeiten fehlten.

Dass diese Kompetenzen ausreichend vermittelt werden, darum müssen wir uns intensiv kümmern. Wir brauchen dazu einen ganzheitlichen Bildungsbegriff der mehr umfasst, als nur die Wissensvermittlung sondern auch soziale Kompetenzen einbezieht. Eine wichtige Aufgabe wird auch die Sprachförderung sein. Sie muss bereits im frühen Kindesalter ansetzen. Wie überhaupt dem Kindergarten und der Grundschule eine ganz wichtige Bedeutung haben. In dieser Altersphase werden die entscheidenden Grundlagen für Bildungskompetenzen gelegt. Deshalb ist es so wichtig, diesen Bereich in die Diskussionen einzubeziehen.

### **Erfahrungen in den Projekten in Nordrhein-Westfalen**

In Nordrhein-Westfalen ist, wenn man sich auf bestimmte Zielgruppen konzentriert, das Thema Schulverweigerung erst in den 90er Jahren in den Blick genommen worden. Ende des Schuljahres 2000 haben rund 12.000 Jugendliche, das sind 6,4 Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung, die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen. Davon kamen 5.200 aus der Sonderschule und die übrigen aus der Hauptschule. Nicht erfasst sind Schulverweigerer, weil uns darüber keine Statistiken vorliegen. Unter Schulverweigerern verstehe ich Schüler/innen, die über einen längeren Zeitraum die Schule nicht besuchen. Dieser Anteil wird auf 10 Prozent geschätzt. Die Zahl dürfte einigermaßen realistisch sein, wobei sie sicher von Schule zu Schule variiert. Trotzdem wird allein an dieser Statistik deutlich, welche Dimensionen das Problem angenommen hat.

In den Werkeinrichtungen der Jugendsozialarbeit wird dieser Wandel relativ stark wahrgenommen. Inzwischen liegt der Anteil der schulischen Frühabgänger bei rund 40 Prozent der Teilnehmer/innen. Die Einrichtungen könnten wesentlich mehr junge Menschen ansprechen, wenn die entsprechende Zahl an Angeboten vorhanden wären.

Die gemachten Erfahrungen werden von uns derzeit ausgewertet. Einige Aspekte will ich hervorheben, weil sie für die Bewertung und daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen wichtig sind:

(1) Es gibt ein deutlich höheres Risiko der Schulverweigerung bei den männlichen Jugendlichen. Ihr Anteil macht in Nordrhein-Westfalen 64 Prozent aus, was die bundesweiten Angaben vom Deutschen

Jugendinstitut bestätigt.

(2) Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund liegt bei rund 25 Prozent.

(3) Es bestehen erhebliche regionale Unterschiede, und auch in den städtischen Bereichen gibt es große Diskrepanzen.

In Nordrhein-Westfalen entwickelten wir als Konsequenz aus diesen Erkenntnissen bereits im Schuljahr 1994/1995 neben den allgemeinen Angeboten Projekte gegen Schulmüdigkeit. Damals zunächst auf Probe und auch mit einer gewissen Skepsis. Unserer damaligen Einstellung nach hatte Schulpflicht in der Schule stattzufinden, und die Schule durfte hier nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Inzwischen wurden wir überzeugt, dass unser damaliges Denken der Komplexität des Problems keinesfalls gerecht wurde. Das Problem der Schulverweigerung kann man nur sehr gezielt und vor allem nur gemeinsam angehen. Dies auch deshalb, weil die Jugendhilfe ganz besondere Kompetenzen hat und diese auch gezielt einbringen muss.

Dieser Einstellungswandel war auch deshalb wichtig, weil wir erkennen mussten, dass die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen mit einer geringen Qualifikation bereits frühzeitig an gelegt war. Es stellte sich nämlich heraus, dass diese Jugendlichen oft bereits ab dem 6. oder 7. Schuljahr der Schule entflohen waren. Offenbar merkte das niemand, oder man merkte es vielleicht, ging aber dem Problem nicht weiter nach.

Daraufhin wurde mit dem Schulmüden-Programm im letzten Pflichtschuljahr begonnen. Es hat sich gezeigt, dass zu diesem Zeitpunkt noch entsprechende Möglichkeiten gegeben sind, wenn erstens eine spezifische sozialpädagogische Begleitung für diese Jugendlichen gewährleistet ist, wenn individuelle Hemmnisse des Lernens abgebaut und wenn unterschiedliche Akteure vor Ort, nicht nur die Schule und Jugendhilfe, sondern auch Eltern, Vereine, übrigens auch Sportvereine und andere Institutionen – in diesen Prozess der ergänzenden organisatorischen Hilfen einbezogen werden können.

In dieser Modellphase war das Programm zunächst auf sechs Standorte begrenzt. Schon damals war für uns die Frage der Integration der Schüler/innen außerordentlich wichtig, obwohl es diese Gruppe, die sich ja im letzten Schuljahr befand, nicht direkt betraf. Heute führen wir dreißig Projekte durch. Aber auch dort ist die zentrale Frage, an der unsere Arbeit letztendlich gemessen wird, ob es uns gelingt, tatsächlich die Reintegration der Schulverweigerer zu sichern.

Ein großer Teil dieser Projekte hat eine präventive Ausrichtung. Sie finden in der

Schule statt, das Lernen wird nicht an einen anderen Ort verlagert. Die Jugendlichen werden begleitet durch individuelle Hilfen. Dabei arbeiten Sozialarbeiter/innen und Sozialpädagoge/innen gemeinsam mit den Lehrer/innen zusammen. Ein anderer Teil der Projekte zielt auf den harten Kern von Schulverweigerern. Hier findet Lernen an einem anderen Ort statt, und das Programm konzentriert sich auf die Schulklassen 6 bis 9.

Derzeit sind 230 Schulen mit rund 2.500 Schüler/innen am Programm beteiligt. Ergänzend dazu führen wir das Projekt „Beruf, Betrieb und Schule“ (BUS) durch, das rund 1.700 Kinder erreicht. Auch dort geht es um Jugendliche im letzten Pflichtschuljahr. Sie werden zwei bis drei Wochentage in der Schule und den Rest der Woche in einem Betrieb an ein neues Lernen herangeführt. Im Bereich der Prävention, also bei Angeboten, die sich auf die Schule konzentrieren, erreichen wir rund 2.000 Jugendliche. Im Bereich anderer Lernorte erreichten wir rund 315 Schulverweigerer. Dort mussten zum Teil nur Gruppen mit 20 Jugendlichen gebildet werden, da meist eine hohe individuelle Einzelfallarbeit notwendig war. Von diesen 315 Jugendlichen konnten 102 in die Schule re-integriert werden, die jetzt an weiteren präventiven Maßnahmen teilnehmen. 161 Jugendliche haben über die gesamte Zeit an der Maßnahme teilgenommen, sind jedoch schulisch nicht reintegriert. 52 haben die Maßnahme abgebrochen.

Ich will an dieser Stelle kurz auf die Frage der Verbindlichkeit eingehen, die quasi über die Kinder- und Jugendhilfe sichergestellt werden soll. Es erscheint mir besonders wichtig, solche Projekte auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und der individuellen Motivation aufzubauen. Natürlich sollen die Jugendlichen sehr wohl verbindliche Strukturen erfahren. Nur kann ich mir nicht vorstellen, wie wir Schulverweigerer dahin bringen wollen, wie wir ihnen neue Lernmotivationen vermitteln wollen, wenn man dies in einem Projekt mit verpflichtendem Charakter macht. Auch Durchgriffsrechte anzuwenden, wie das vereinzelt gefordert wird, halte ich für den falschen Weg. Man muss die Jugendlichen überzeugen, und die Erfahrungen aus den Projekten geben diesem Ansatz Recht.

Zwei zentrale Aspekte der Zwischenbewertung will ich hervorheben:

(1) Eine Öffnung der Schule und die gemeinsame Kooperation mit der Jugendhilfe im Sinne eines Lernens an einem anderen Ort mit einem hohen Beratungs- und Unterstützungsanteil, kann es schaffen, den Kreislauf von persönlichen Niederlagen bei den Jugendlichen zu durchbrechen und bei ihnen ein neues Selbstwertgefühl zu entwickeln.

Sie verstehen, dass Lernen sich auch für die persönliche Wertschätzung „rechnet“. Das ist in diesen Projekten ein ganz wichtiger Punkt. Die Jugendlichen erkennen, dass sie etwas wert sind, sie zu etwas nützlich sind, sie ihre Fähigkeiten einbringen können. Solche Einsichten vermitteln sich offensichtlich nicht in dem Maße über Noten, sondern über ganz andere, persönliche „Zeugnisse“.

(2) Schule hat hierbei nicht den Part der abgebenden, sondern der beteiligten Institution. Schule muss sich – und tut es auch – in diesen Prozess partnerschaftlich einbringen, aber sie bleibt für die Jugendlichen in der Verantwortung. Das entspricht dem Primat der Schulpflicht, und an diesem Primat wollen wir auch nicht rütteln. Das ist übrigens auch eine zentrale Voraussetzung für die Beteiligung des Jugendministeriums an diesen Projekten, auch in finanzieller Hinsicht, obwohl es dort Diskussionen gab, ob es nicht überlegenswert sei, wenn Schulen schulumüde Jugendliche auch abgeben könnten. Aber wir waren uns mit dem Schulministerium einig, dass wir, wenn wir das zulassen, ein ganz wichtiges Prinzip durchbrechen, mit Folgen, die wir nicht absehen können.

Die Erfahrungen der letzten beiden Jahre aus den Schulumüden-Projekten möchte ich in drei Punkten zusammenfassen:

#### **Prinzip der Freiwilligkeit**

Wir haben lange über die Akzeptanz der Projekte in Nordrhein-Westfalen diskutiert. Die Projekte laufen seit dem Schuljahr 1999/2000, also seit zwei Jahren und entgegen aller skeptischen Äußerungen, was die Möglichkeit enger behördlicher Zusammenarbeit betrifft, genießen sie sowohl bei den Schulen, den Schulverwaltungsämtern und auch bei den örtlichen Jugendämtern eine außerordentlich hohe Akzeptanz. Die Motive hierfür mögen unterschiedlich sein, das zeichnet sich natürlich erst im Prozess ab. Aber die hohe Akzeptanz war eine wichtige Voraussetzung dafür, dass solche Projekte nun viel offener vor Ort implementiert werden können. Auch die betroffenen Schüler/innen knüpften für sich persönlich relativ hohe Erwartungen an den Einstieg ins Projekt. Das ist für mich eigentlich ein erstaunliches Ergebnis; aber es dokumentiert, dass das Primat der Freiwilligkeit funktioniert. Schwierigkeiten gab es und gibt es bei Eltern, die strikt auf Schule fixiert sind. Sie mussten überzeugt werden, dass auch mit anderen Möglichkeiten ein Lernen ihrer Kinder denkbar ist. Natürlich gab es auch Schwierigkeiten, weil manche Eltern wenig Interesse an der Schulkarriere ihrer Kinder zeigten. Bei immerhin 25 Prozent der El-

tern war die Akzeptanz eher gering. Doch auch diese Eltern merkten letztendlich die positiven Effekte bei ihren Kindern, und waren nach einer gewissen Zeit bereit, sich offen auf den Prozess einzulassen.

### **Kooperationsprozesse**

Die Kooperationen bei den Schulmüden-Projekten sind gekennzeichnet von einem engen Zusammenwirken von Schule, Schulverwaltung und Schulaufsicht, von Jugendamt, sozialen Diensten, Jugendwerkstätten und anderen Trägern der Jugendhilfe bis hin zu Dienststellen der Arbeitsverwaltung. Hier zeigte sich allerdings, dass es neben einer relativ hohen positiven Beurteilung einer gelungenen Vernetzung sehr wohl auch Unterschiede gab, über die man im einzelnen diskutieren muss. Dennoch ist es wichtig, die Gründe für Probleme in der Kooperation aufzudecken, wenn die Projekte auf Dauer erhalten werden sollen. 79 Prozent der Projektträger haben die Vernetzung von Schulen mit Jugendhilfe als sehr positiv erfahren und betrachteten diese Zusammenarbeit als ein zentrales Fundament für das Gelingen des Projekts. Immerhin 21 Prozent waren von der Kooperation nicht überzeugt und beurteilten dementsprechend die Erfolge eher zurückhaltend. Gegenwärtig werden die Gründe dafür im Einzelnen analysiert, denn 21 Prozent ist eine relativ hohe Zahl. Dies kann möglicherweise mit anderen Entwicklungen zu tun haben, die ich gleich darlege. Tatsache bleibt, dass es an vier Standorten überhaupt nicht zu einer strukturellen Vernetzung zwischen Jugendhilfe, Schulverwaltung, Schulaufsicht und den Schulen gekommen ist, was ein entscheidender Nachteil für die dort angesiedelten Projekte war.

Als weiterer Punkt kommt hinzu, dass die Kooperation sich überwiegend im unmittelbaren Praxisfeld widerspiegelte, aber nicht in institutionalisierter Form. Es gab also eine gute Kooperation zwischen den Akteuren, aber nicht zwischen den Institutionen Schule und Jugendhilfe. Nun können Institutionen nicht einfach zur Kooperation verpflichtet werden, es stehen immer Menschen dahinter. Trotzdem ist die Frage von zentraler Bedeutung, wie Institutionen besser kooperativ verankert werden können. Denn wenn es immer nur an den einzelnen Lehrer/innen oder den einzelnen Sozialarbeitern/innen liegt, dann endet die Kooperationsbereitschaft, wenn diese aussteigen, und das Projekt muss immer wieder von vorne aufgebaut werden. Deswegen müssen wir uns der Aufgabe widmen, Kooperation an sich zur Selbstverständlichkeit zu machen. Alle Beteiligten legten Wert darauf, ihr eigenes Profil zu erhalten. Innerhalb des Kooperationsprozesses

und auch in Bezug auf die Schüler/innen war es ganz wichtig, dass sich Lehrer als Lehrer präsentierten und Sozialpädagogen als Sozialpädagogen. Offenbar wurden Kompetenzvermischung befürchtet, der Erhalt des eigenen Profils in der Kooperation war von ausschlaggebender Bedeutung.

### **Ganzheitliches Lernen**

Die Schulmüden-Projekte folgen dem Schlagwort: „Schule öffnen, ganzheitliches Lernen ermöglichen.“ Die positiven Effekte sowohl bei den präventiven Maßnahmen innerhalb der Schule wie auch beim Lernen an einem anderen Ort zeigten ganz deutlich, dass hier ein Bildungsansatz gewählt wurde, der in der Praxis weiter entwickelt werden konnte. Er beinhaltet zwei wesentliche Elemente: Zum einen konnte mit alternativen Lehrmethoden und in anderen Formen gelernt werden. Dabei wurde aber keineswegs auf die Vermittlung von faktischem Wissen verzichtet und wird auch in Zukunft nicht verzichtet werden. Zum anderen wurden Schüler/innen, die nicht mithalten konnten, durch Einzelfall-Gespräche und durch andere Beratungsangebote ergänzende pädagogische Hilfen gegeben. Diese Betreuung ging über die Hausaufgabenhilfe hinaus und versuchte, die allgemeinen Lernschwächen herauszufinden und gezielt an diesen Schwächen zu arbeiten. Diese beiden Faktoren – einerseits Wissen zu vermitteln, das man braucht, um einen Abschluss zu machen, und andererseits, Defizite im Aneignungs- und Lernprozess den Jugendlichen einsichtig zu machen und sie zu beseitigen – kann man als den Bildungs- oder Lehransatz der Schulmüden-Projekte zusammenfassen.

Dabei ist außerordentlich wichtig, dass diesen Jugendlichen eine Perspektive gegeben wird. Die gilt insbesondere für die, die im 6. oder 7. Schuljahr eine solche Maßnahme mitmachen. Sie sollen wieder in die Schule reintegriert werden. Hier werden wir noch Überzeugungsarbeiten leisten müssen, weil das auch bedeutet, dass die Jugendlichen von der Schule ähnliche Unterstützung erwarten wie im Projekt. Hier müssen in der Schule Maßnahmen weiterentwickelt werden, die die Schüler/innen begleiten, wenn sie wieder „ins Wasser geworfen“ und mit dem Schulalltag und all den Aspekten der reinen Wissensvermittlung konfrontiert werden. Denn – und ich formuliere das absichtlich etwas überspitzt – daran werden die Schüler/innen wie zuvor schon scheitern. Deshalb muss man nach anderen Lern- und Lehrformen suchen – und Ganztagsangebote wären da beispielsweise eine Möglichkeit –, wie man durch flankierende Hilfen unterstützen kann.

## Schlussbemerkungen

Schulmüden-Projekte leben davon, dass sie für alle Beteiligten, aber vor allem für die schulverweigernden Schüler/innen überzeugend wirken. Das Prinzip der Freiwilligkeit muss erhalten bleiben. Die Erfahrung zeigt, dass eine rechtliche Vorgabe kaum hilfreich ist.

Die Projekte waren und sind eine Art Feuerwehreaktion. Mit ihnen soll vermieden werden, dass gefährdete Jugendliche völlig abrutschen und ihre Zukunftschancen nachhaltig verbaut werden. Um dies zu erreichen, sind Jugendhilfe und Schule über ihre Schatten gesprungen, haben sich ergänzenden Aufgaben gestellt und darüber hinaus eine tiefgreifende Kooperation begonnen.

In den Projekten wird beispielhaft an der Kerngruppe von Schulverweigerern eine neue Form des Lernens entwickelt. Im Mittelpunkt steht dabei das soziale Lernen, der Aufbau sozialer Kompetenzen und der Förderung einer Basisqualifikation. Gleichzeitig vermitteln diese Projekte Erkenntnisse darüber, wie auch bei relativ erstarrten Institutionen Veränderungen möglich sind und frühzeitig Reaktionen auf gesellschaftliche Veränderungen durch so genannte Frühwarnsysteme entwickelt werden können. Die Schule merkt, dass sie von solchen begleitenden pädagogischen Aktivitäten etwas hat.

Insoweit wird durch die Schulmüden-Projekte auch beispielhaft deutlich, dass es nicht nur um das Experimentieren mit Schulverweigerern, also mit einer spezifischen Zielgruppe, geht. Es wird zugleich auch eine neue Kultur des Lernens erprobt und Wege gesucht, wie Schule und Jugendhilfe besser miteinander – nicht ineinander verschmolzen, aber Seite an Seite – schwerwiegende Erziehungs- und Bildungsprobleme im Sinne des Wohls des Kindes lösen können.